

Gemeinsame Pressemitteilung

GKV-Spitzenverband

Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
Vereinigung der Träger der Pflegeeinrichtungen

Berlin, den 21.07.2010

Pflegenoten als Verbraucherinformation bisher ohne Alternativen –
Wissenschaftlicher Bericht gibt konkrete Empfehlungen zur
Weiterentwicklung

Derzeit gibt es zu den Pflegenoten keine kurzfristig realisierbare Alternative. Sie sind für den Verbraucher eine gute Orientierung über die Leistungsqualität von Heimen und Pflegediensten. Dies geht aus dem nun vorliegenden wissenschaftlichen Bericht hervor.

Die Vereinbarungspartner der Pflegenoten haben mit Abschluss der Pflege-Transparenzvereinbarungen (PTV) Dezember 2008/Januar 2009 beschlossen, diese wissenschaftlich evaluieren zu lassen. Der Abschlussbericht der Evaluation von Frau Prof. Dr. Martina Hasseler, Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg, und Frau Prof. Dr. Karin Wolf-Ostermann, Alice-Salomon-Hochschule Berlin, liegt nun vor. Er enthält wesentliche Hinweise für die Anwendung sowie für die Weiterentwicklung der Vereinbarungen.

„Der Bericht zeigt, dass weder national noch international wissenschaftliche Erkenntnisse zu Transparenzsystemen vorliegen, die sich als kurzfristig realisierbare Alternative zu den Pflege-Transparenzvereinbarungen anbieten. Deshalb gibt es ungeachtet des Überarbeitungsbedarfs ... derzeit keine Alternative“, so der Beirat und die Wissenschaftlerinnen zur Evaluation der Pflege-Transparenzvereinbarungen. Im Beirat sind u. a. unabhängige Wissenschaftler, Verbraucherschützer, Bundes- und Landesministerien sowie der Deutsche Pflegerat vertreten.

Die Empfehlungen der Wissenschaftlerinnen sind eine konstruktive Grundlage für die Weiterentwicklung der Transparenzvereinbarungen. Vor diesem Hintergrund rät der Beirat den Vereinbarungspartnern, die Empfehlungen der Wissenschaftlerinnen schrittweise umzusetzen. Wegen der Komplexität erfolgt die Umsetzung in kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsschritten.

Kurzfristig soll z. B. sichergestellt werden, dass immer eine ausreichende Anzahl Pflegebedürftiger in die Prüfung einbezogen wird. Mittelfristig soll beispielsweise auf Basis der zu erwartenden wissenschaftlichen Erkenntnisse die Bewohner- und Kundenzufriedenheit genauer abgebildet werden. Da national und international übertragbare wissenschaftliche Grundlagen fehlen, ist auch ein langfristiger Weiterentwicklungsprozess erforderlich.

Die Vereinbarungspartner haben sich bereits im Vorfeld darauf verständigt, die Empfehlungen aufzugreifen und schrittweise umzusetzen.

Der Bericht der Wissenschaftlerinnen und die Empfehlungen des Beirats sind auf den Internetseiten der Vertragspartner veröffentlicht.

Pressekontakte:

- Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe, Geschäftsstelle Bernd Finke, Tel. 0251 591-6530, www.bagues.de
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Pressestelle Deutscher Städtetag, Volker Bästlein, Tel. 030 37711-130, Pressestelle Deutscher Landkreistag, Dr. Markus Mempel, Tel. 030 590097-312, Pressestelle Deutscher Städte- und Gemeindebund, Franz Reinhard Habel, Tel. 030/77307-225, www.kommunale-spitzenverbaende.de
- Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, Bernd Tews, Tel. 030 30878860, tews@bpa.de, www.bpa.de
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), Claus Bölicke, Tel. 030 26309-161, claus.boelicke@awo.org, www.bagfw.de
- Arbeitsgemeinschaft Privater Heime und Ambulanter Dienste Bundesverband e. V. (APH), Timo Stein, Tel. 0511 875980, post@aph-bundesverband.de, www.aph-bundesverband.de
- GKV-Spitzenverband, Pressestelle Florian Lanz, Tel. 030 206288-4200, presse@gkv-spitzenverband.de, www.pflegenoten.de